Stadtratsfraktion

An Stadt Ansbach

- Stadtkämmerei-

Ansbach, 09. November 2021

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Stadt Ansbach 2022

Sehr geehrter Herr Stadtkämmerer Jakobs,

nachfolgend erhalten Sie die Änderungsanträge der Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) zum Haushaltsentwurf der Stadt Ansbach 2022. Aufgrund bislang nicht vorliegender Finanzplanung können sich noch Änderungen ergeben.

1. **Aktionsplan: Vermüllung der Ansbacher Innenstadt stoppen**

Die Entwicklung der vergangenen Jahre macht deutlich, dass wir dem gestiegenen Verpackungsmüll gerade in der Innenstadt Herr werden müssen. Wir schlagen hierfür einen Aktionsplan vor: Mit einem Förderprogramm für den Umstieg auf Mehrweggeschirr (z.B. Re-Cup) wollen wir Anreize für die Gastronomie schaffen. Mit der schrittweisen Einführung einer Verpackungssteuer ab 2023 soll Ansbach die Vermüllung des öffentlichen Raums sanktionieren und so Leitplanken für eine saubere Stadt einziehen können. Für den Aktionsplan zur Müllvermeidung wollen wir eine koordinierende Stelle schaffen.

A+ 0300 VwH (ggf. tlw. 1141 VwH) Förderprogramm Mehrweggeschirr 20.000 Euro

A+ 0300 VwH (ggf. tlw. 1141 VwH) Koordinierende Stelle Aktionsplan gegen Vermüllung 50.000 Euro

mittelfristige Finanzplanung E+ 2023 9000 VwH Verpackungssteuer 200.000 Euro, E+ 2024 400.000 Euro, E+ 2025 350.000 Euro

2. **Niemanden zurücklassen: Strom- und Gassperren abwenden**

Die exorbitante Steigerung bei den Strom- und Gaspreisen bedeuten große Probleme bei finanziell benachteiligten Ansbacherinnen und Ansbachern. Es steht zu befürchten, dass die Versorger vermehrt Strom- und Gassperren androhen. Das Sozialamt hilft wo es kann. Doch die Einnahmen des dafür vorgesehenen Fonds „Bürger in Not“ sind durch den Wegfall des Neujahrsempfangs 2021 (und wohl auch 2022) stark zurückgegangen. Im letzten „Normaljahr“ 2019 betrugen die Hilfen 7.400 Euro. Um diesen Betrag wollen wir den Fonds „Bürger in Not“ stärken. Somit stehen insgesamt 10.000 Euro zur Abwendung von Strom- und Gassperren zur Verfügung.

A+ 4987 VwH Fonds Bürger in Not 7.400 Euro

3. Prioritäten richtig setzen: Seniorenhilfe statt Ordnungsdienst

Menschen in hohem Alter haben sich infolge ihrer Gefährdung als Risikogruppen mehr und mehr zurückgezogen. Ein Zugang zu Angeboten des gesellschaftlichen Lebens ist erschwert; zeitweise konnten nur Aktionen der Nachbarschaftshilfe die Versorgung von Hochbetagten sichern. Es ist ein Gebot des Respekts vor der Lebensleistung der Ansbacher Seniorinnen und Senioren, sie in diesen schwierigen Zeiten nicht allein zu lassen. Wir beantragen eine Stelle für aufsuchende Seniorenarbeit, die wir mit der Streichung von derzeit vakanten Stellen des Ordnungsdiensts finanzieren.

A+ 4986 VwH 50.000 Euro // A- 1122 VwH 100.000 Euro

4. Familien mit Kindern entlasten – Jugend fördern – Frauen schützen

a) Familien mit Kindern sind Leidtragende der Lockdown-Politik. Die monatelange Schließung der Kitas hat gravierende Folgen für die Jüngsten unserer Stadt. Wir setzen uns wie andere Fraktionen, die dies vor der Wahl versprochen haben, für einen kostenfreien Kindergartenbesuch von bis zu sechs Stunden ein.

E-/A+ Epl. 4 VwH kostenfreier Kindergarten bis zu sechs Stunden 110.000 Euro

b) Kinder und Jugendliche mussten infolge der Freiheitseinschränkungen auf so vieles verzichten. Wir wollen der Zukunft unserer Stadt einen Teil ihrer Kindheit zurückgeben und beantragen einen beitragsfreien Ferienpass für 2022.

4512.2420 VwH E- 35.000 Euro / 4512.7605 VwH A+ 5.000 Euro

c) Der Verein Raureif soll eine höhere Förderung erhalten – sh. Mail vom 08.11.21

A+ 4701.7001 VwH 7.000 Euro

5. Sportplätze auch in den Ortsteilen modernisieren

In der Rettistraße steht auf der Hennenbacher Gemarkungsgrenze ein Basketballkorb auf einer Wiese. Das Spiel ist so nachvollziehbar nicht möglich und manche Jugendliche des Ortsteils suchten sich Ausweichmöglichkeiten auf dem Schulsportplatz. Wir möchten den Basketball- sowie den Bolzplatz ertüchtigen und mit einem attraktiven Sportplatzangebot die entstandenen Nachbarschaftsstreitigkeiten entschärfen.

A+ 5600 VöH 15.000 Euro

6. Radwegenetz verbessern

Der Ansatz für den Radwegeunterhalt UA 6372 VöH wurde gegenüber dem Vorjahr von 60.000 auf nurmehr 10.000 Euro gekürzt. Wir beantragen die Wiederherstellung des Ansatzes aufgeteilt in:

- Markierung für Schutzstreifen, z.B. Oberhäuser- und Quaststraße A+ 20.000 Euro

- Abflachung von Bordsteinen, z.B. Brauhausstraße/Ecke Goetheplatz A+ 20.000 Euro

- versch. Ausbesserung von Schlaglochpisten, A+ 10.000 Euro

7. Barrierefreiheit herstellen

a) Der Bauausschuss hat nach Erstellung des Haushaltsentwurfs am 18.10.21 die Einrichtung einer barrierefreien Haltestelle in der Hardtstraße beschlossen.

A+ 6372 VöH Tiefbaumaßnahme Barrierefreiheit 40.000 Euro

b) Der Teilhabeplan der Stadt Ansbach hat einen ganzheitlichen Ansatz und sieht den barrierefreien Umbau des Schlossplatzes als höchste Priorität an. Der Schlossplatz ist zentraler Dreh- und Angelpunkt Ansbachs für Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen. Dem barrierefreien Ausbau des Ansbacher Bahnhofs muss der barrierefreie Ausbau des Schlossplatzes mit Mitteln der Städtebauförderung folgen.

Abs. 61 VöH Planung barrierefreier Umbau Schlossplatz/ZOB 50.000 Euro

VE 2023 E+ 150.000 Euro / A+ 250.000 Euro

Fpl. 2024 E+ 180.000 Euro / A+ 300.000 Euro

8. Gerecht finanzieren

Der Haushaltsentwurf sieht neben einer Rekord-Neuverschuldung i.H.v. zehn Millionen Euro eine Rücklagenentnahme von über fünf Millionen Euro vor. Der Schuldenstand der Stadt würde sich so während der gerade einmal 18-monatigen Amtszeit des derzeitigen Stadtrats glatt verdoppeln. Im Haushaltsentwurf klafft nicht nur eine Deckungs- sondern eine Gerechtigkeits-Lücke. In Zeiten der Krise müssen wir notwendige Ausgaben seriös und solidarisch finanzieren: Wir wollen Abgaben auf Unternehmensgewinne und Vermögen moderat anheben, um die Leistungsfähigkeit Ansbachs zu bewahren. Wir beantragen einen Gewerbe- und Grundsteuerhebesatz von 400 Punkten.

E+ 9000 VwH 1.300.000 Euro // *dito mittelfristige Finanzplanung 2023-25*

zusätzlich E+ 9000 VwH 150.000 Euro aufgrund Steuerschätzung vom 08.11.21

9. Verringerung der Neuverschuldung

Durch die Anträge der OLA verringert sich die Neuverschuldung der Stadt Ansbach um 1.117.600 Euro.

Mit freundlichen Grüßen

Boris-André Meyer, Milan Schildbach, Uwe Schildbach

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- Boris-André Meyer Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach Kontakt: Tel. 0981/2059988 mobil 0160/93104199
Boris.meyer@offene-linke-ansbach.de , www.ola2020.de